Kontrolle der Macht

Gerhard Pretzmann

Macht kommt von machen (können), bedeutet aber nicht die allgemeine Aktionsfähigkeit des Menschen, vielmehr die Macht der „Macher", konkret die Macht über Menschen, Menschen dazu bestimmen, etwas zu tun was einige, eben die Machthaber, wollen.

Macht ist nicht identisch mit Gewalt – hier besteht eher ein Gegensatz. Gewalt bricht eher dann aus, wenn es – einzelnen oder vielen – verunmöglicht wird, das zu machen was sie wollen.

Das wird besonders deutlich im Zusammenhang mit Unterdrückung von Nationalitäten. Nachdem in der ehemaligen Sowjetunion über drei Generationen diesbezüglich vergeblich umzuformen versucht wurde, die Nationalität als „Bürgerliche Abweichung" verfolgt wurde, gab es – nach Auflösung der Sowjetunion – sofort wieder alle vor 1918 bestehenden Nationen wieder.

Die Abkehr vom nationalen Denken wurde nach 1945 zum erklärten Ziel insbesondere linker und liberaler Ideologie. Natürlich waren die Ereignisse dieses Jahrhunderts fürchterlich. Aber in der Argumentation, insbesondere in der „Veröffentlichten Meinung" ging man wohlweislich nicht bis zu den Wurzeln zurück. Die 1945 gezogenen Grenzlinien sollten unangetastet bleiben, und Menschenrechtsverletzungen der Sieger und ihrer Anhängsel sollten unerwähnt bleiben. Das gilt auch heute noch als „political correctnes".

Daß es immer wieder zu Explosionen kommt, wenn das Recht auf Selbstbestimmung grob verletzt wird, darf daher niemand wundern. Daß man die im Wesentlichen zutreffenden Grundlagen Präsident Wilsons für eine Friedensordnung nicht berücksichtigt hat ist ein schwerer Fehler gewesen.

Zunehmend ist Macht und Machtausübung – die Menschen dazu zu bringen, das zu tun was die Mächtigen wollen – Macht über Informationsströme, die den „Vorauseilenden Gehorsam" jener, die ihren Posten nicht verlieren wollen, als Werkzeug einsetzt. So mancher idealistische Autor hat das erfahren müssen. Die Meinungsfreiheit braucht nicht angetastet zu werden, wenn sie im leeren Raum besteht.

Es gibt allerdings nicht nur diese negative Entwicklung. Sobald es gelingt, für einzelne konkrete Fragen eine genügende Zahl von Menschen zu bürgerrechtlichen Aktivitäten zu vereinigen, die parteiübergreifend Stellung beziehen, kann doch vieles gegen die Interessen der „Machthaberer" durchgesetzt werden. Damit hat sich ein Instrument herausgebildet, das gegen den schleichenden Abbau von Demokratie eigesetzt werden kann. Hier gilt es vor allem, die direkte Demokratie weiterzuentwickeln.

Natürlich liegen hier Gefahren populistischer Art, Mißbrauch durch Demagogen, gegen die z. B. Kelsen letzte Entscheidungen auf dieser Linie bei den gewählten Mandataren behalten wollte. Aber gerade diese – vorausgesetzte – Unabhängigkeit der Mandatare wurde ja in den letzten Jahrzehnten bedenklich unterhöhlt. Es entspricht einem pessimistischen und menschenverachtenden Denken, daß die Mehrheit in Entscheidungsfragen nicht vernünftig sei. Denn genau die Auffassung, daß das Richtige in einer gründlichen und offenen Diskussion durchgesetzt werden kann, ist das Entscheidende am demokratischen Prinzip. Alles andere ist „Politagitprop", wie gehabt.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Agemus Nachrichten Wien - Internes Informationsorgan der Arbeitsgemeinschaft Evolution, Menschheitszukunft und Sinnfragen, Naturhistorisches Museum Wien

Jahr/Year: 2001

Band/Volume: 66_2001

Autor(en)/Author(s): Pretzmann Gerhard

Artikel/Article: Kontrolle der Macht 17